

MedienINFO 84 – Mittwoch, 18. März 2015

FDP-Antrag zur zukunftsfesten Ausgestaltung der Erbschaftsteuer

Witzel: Erbschaftsteuer darf Existenz von Unternehmen nicht gefährden

Der Landtag hat sich auf Antrag der FDP mit der Reform der Erbschaftsteuer beschäftigt. Die FDP-Fraktion sieht die Pläne der großen Koalition mit Sorge und fordert, die neue Erbschaftsteuer nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil so auszugestalten, dass die Übertragung inhabergeführter Unternehmen nicht zusätzlich erschwert wird und die betriebliche Substanz erhalten bleibt. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Ralf Witzel:

„Die derzeitigen Reformpläne des Bundes betreffen auch mehrere tausend Familienunternehmen in Nordrhein-Westfalen, bei denen über eine Million Arbeitnehmer landesweit beschäftigt sind. Laut DIHK wird es für inhabergeführte Unternehmen aufgrund der Demografie und des Fachkräftemangels ohnehin immer schwieriger, einen Betriebsnachfolger zu finden. Dies ist jedoch für die Stabilität unserer Wirtschaft und Arbeitsplätze eine der wichtigsten Herausforderungen, wenn in den kommenden Jahren die Gründergeneration des Mittelstands in Rente geht. Schon im Jahr 2013 hat die stetig steigende Zahl der älterer Unternehmensinhaber, die einen Nachfolger suchen, die Zahl der Gründungsinteressenten übertroffen. Die Reform des Erbschaftsteuerrechts darf dieser Entwicklung nicht weiter Vorschub leisten.

Die derzeitigen Pläne der großen Koalition zur Reform der Erbschaftsteuer mit einer zu geringen Freigrenze werden die Übertragung von Unternehmen unnötig erschweren. Sie werden zu einer Vernichtung betrieblicher Substanz sowie einem Abbau von Beschäftigung führen. Gerade Nordrhein-Westfalen wird hiervon betroffen sein, weil im Vergleich mit den anderen Bundesländern hier überdurchschnittlich viele Familienunternehmen ansässig sind. Statt eine neue Vermögensteuer durch die Hintertür einzuführen, sollte der enorme wirtschaftliche Beitrag von Familienbetrieben honoriert und langfristig gesichert werden. Wir streiten für eine Ausgestaltung der neuen Erbschaftsteuer, die verfassungskonform ist und den Fortbestand inhabergeführter Unternehmen unterstützt statt gefährdet.“